

Liebe Leserinnen und Leser,

„**Flüchtlinge**“ – ist 2015 in Deutschland das „*Wort des Jahres*“. Zwei Gründe mag es dafür geben: Noch nie seit dem Ende des 2. Weltkrieges gab es einen solchen Zustrom von flüchtenden Menschen nach Deutschland wie in diesem Jahr, wahrscheinlich mehr als eine Million. Zudem haben sich die damit verbundenen Herausforderungen zu einem politischen Reizthema entwickelt und von der anfänglichen „*Willkommenskultur*“ ist immer weniger zu spüren.

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist zugleich vom renommierten *Time-Magazin* zur *Person des Jahres* ausgerufen worden, weil sie sich wie kein/e andere/r Politiker/-in den humanitären Verpflichtungen Deutschlands und Europas gestellt sowie rechtem Populismus eine deutliche Absage erteilt hat. Gratulation!

Kommunen und ihre Behörden kommen an die praktischen Grenzen ihrer Unterstützungsmöglichkeiten. Umso wichtiger ist die Unterstützung durch Länder und Bund. Neben finanzieller Hilfe gilt es Zuständigkeiten zu klären und Abläufe schrittweise besser zu koordinieren. Menschen sollten nicht von einem zum anderen „weitergeschoben“ werden, wie häufig berichtet wird, und auch nicht im Sinne eines Generalverdachts zum Sicherheitsproblem definiert werden.

Die deutsche Gesellschaft polarisiert bei der Diskussion um politische und praktische Lösungen zum Fortgang der Asyl- und der Integrationspolitik. Ängste und Sorgen vermengen sich bei vielen Menschen mit Vorurteilen und Resentiments gegenüber „*Fremdem*“ und „*Neuem*“. Gewiss: Der Zulauf ist ungekannt groß und dennoch nur ein Symptom einer sich verändernden Welt, die immer stärker miteinander verwoben ist, ausgedrückt durch vielfältige Kontaktformen, enormen wirtschaftlichen Verflechtungen – denen die westliche Welt ihren Reichtum weitgehend verdankt – sowie Migrationsprozessen aus unterschiedlichen Gründen und in wechselnd starker Betroffenheit auf allen Kontinenten. Die Kategorie „*offene Gesellschaft*“ bekommt einen bisher nicht beachteten Bedeutungszuwachs. In Fällen politischer Verfolgungen und kriegerischer Lebensbedrohungen gibt es (völker)rechtliche Verpflichtungen zur Hilfe und Aufnahme. Darüber hinaus sprechen sowohl humanitäre als auch ökonomische Gründe für eine politische und gesellschaftliche „*Verantwortungskultur*“ in Deutschland und Europa.

Die Menschen in den Aufnahmegesellschaften sollen nicht überfordert werden, aber sie sind gefordert ebenso wie die Zugewanderten. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der die be-

stehende Gesellschaft kontinuierlich verändert: „**Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!**“ müssen gleichermaßen Maßstäbe für alle am Zusammenleben Beteiligten bleiben oder werden. Anstatt die Andersartigkeiten hervorzuheben, sollten wir uns um verantwortungsbewusste Normalisierung bemühen.

Die Konstruktion eines weltweiten Kulturkampfes, wie ihn *Samuel Huntington* vor Jahren vorhersagte, nützt den Extremisten unterschiedlicher Lager: Vom westlichen „*Kreuzritter*“ bis hin zum islamistischen Selbstmordattentäter oder „*Scharfrichter*“.

Aktuelle Bedrohungen sind in einem besonderen Ausmaß spürbar, wie die Anschläge in Paris im Januar und November gezeigt haben. Konsequente Strafverfolgung und umsichtige Gefahrenabwehr kennzeichnen die Arbeit der Sicherheitsbehörden in Deutschland. Die Teilnehmer/-innen der *BKA-Herbsttagung* Mitte November konnten das konzentrierte und sich aller Spannungsfelder bewusste Aufgabenverständnis der deutschen Sicherheitsbehörden wahrnehmen. In zwei Beiträgen werden die Herausforderungen im Umgang mit islamistischem Extremismus und Terrorismus vertieft (*Kahl und Steffen*).

Prävention geht – auch und gerade im Hinblick auf den gewalttätigen Extremismus – über die unmittelbare Gefahrenabwehr der Sicherheitsbehörden deutlich hinaus und umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher sozialer, pädagogischer und therapeutischer Ansätze und ihr Erfolg hängt häufig davon ab, inwieweit es gelingt, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gesellschaftliche Teilhabe und Akzeptanz zu ermöglichen und ihnen erstrebenswerte Lebensperspektiven aufzuzeigen. Entwicklungspsychologie und Erziehungswissenschaften stellen heraus, dass die Klärung der eigenen Identität in der Jugendphase bei manchen jungen Menschen nicht immer problemlos verläuft sowie manchmal die Sinnfrage angesichts z. B. langandauernder persönlicher Ausgrenzungs- und Ablehnungserfahrungen leider erst durch Zuwendung und Unterstützung in extremistischen Milieus beantwortet wird. Der Radikalisierung zuvorzukommen, ist Aufgabe derjenigen Erwachsenen, die Verantwortung für junge Menschen übernommen haben, etwa in der Schule, in der Ausbildung und natürlich nicht zuletzt in den Familien und ihren Netzwerken. Der Staat ist in der Pflicht, Beratung und Unterstützung anzubieten, in manchen Fällen sehr intensiv und auch längerwährend.

Durch die Bundesprogramme „*Demokratie leben*“ und „*Zusammenhalt durch Teilhabe*“ sowie durch ergänzende Länderprogramme wird die kommunale Präventionsarbeit von Behörden,

freien Trägern und Zivilgesellschaft finanziell unterstützt, jährlich mit deutlich über 50 Mio. Euro. Bundesministerin Schwesig (BMFSFJ) möchte die Summe gerne verdoppeln, wie jüngst zu lesen war (*Spiegel* 50/2015, S. 46).

Die Verbreitung und Qualität der Maßnahmen muss nach wie vor unterschiedlich bewertet werden. Die positiven Effekte lassen sich nur schwer messen, der Evaluationsansatz trifft zuweilen auf Befindlichkeiten der Akteure. Mancherorts fehlt es an ausreichenden Angeboten oder aber die Qualität ist fraglich.

Um nicht missverstanden zu werden: Ohne die Vielzahl der Initiativen, Projekte und Programme, die von engagierten Fachleuten umgesetzt werden, gäbe es deutlich größere Probleme. Daher gilt es, die Angebote weiterzuqualifizieren, Wirkungen zu überprüfen, regionale Lücken zu schließen und eine Verstärkung gelingender Ansätze zu unterstützen. Eine Verständigung auf zentrale Qualitätsstandards wäre ein richtungsweisender Fortschritt.

Im Bereich der Gewaltprävention gibt das DFK über die Website www.wegweiser-praevention.de gemeinsam mit Wissenschaftlern entwickelte, gut strukturierte Informationen und Empfehlungen sowohl zu Programmen als auch zu ihrer erfolgreichen Implementierung. Eine Erweiterung des Portals auf die Prävention von Extremismus und Radikalisierung wäre wünschenswert, ebenso die Verknüpfung zu den Angeboten der *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)*. Eine Verschränkung mit Länderinitiativen etwa bei den Landespräventionsgremien gehört zu den Arbeitsprinzipien des DFK. Ich bin nach wie vor optimistisch, dass sich nicht zu leugnende Kooperationshindernisse überwinden lassen, und fordere dazu auf, im Sinne einer gemeinsamen *Präventionsstrategie* zusammenzuarbeiten. Den politisch Verantwortlichen empfehle ich eine wertschätzende Unterstützung der Präventionsarbeit in Bund und Ländern, die zuweilen mit sehr bzw. zu geringen personellen und finanziellen Mitteln geleistet werden muss.

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Schluss möchte ich mich für Ihr Interesse auch in diesem Jahr bedanken und an den Optimismus anknüpfen, der zuletzt von Paris ausstrahlte: Das „*Klima-Abkommen*“ ermöglicht Hoffnung für die zu bewältigenden Zukunftsaufgaben und ist strategische Prävention der Weltgemeinschaft. Ich wünsche Ihnen schöne Weihnachtstage, einen fröhlichen Jahreswechsel und einen guten Start im neuen Jahr 2016.

Ihr Wolfgang Kahl